

Ortsrat lehnt die Planung der Üstra für Haltestelle ab

Lokalpolitiker wollen keine Wendeschleife nah an der Straße

VON DANIEL JUNKER



Die Haltestellenpläne kommen beim Ortsrat nicht gut an. Junker

Laatzen-Mitte. Eine Mehrzahl der Mitglieder des Ortsrates lehnt die Pläne der Infrastrukturgesellschaft der Üstra für die geplante Umgestaltung der Wendeschleife an der Haltestelle Laatzen ab. Die Pläne sind nach Ansicht der Politiker nicht akzeptabel. „Wir haben seit zwei Jahren gesagt, dass wir die Haltestelle so nicht haben wollen. Es ist aber nichts berücksichtigt worden“, sagte Heinz Scheibe (SPD).

Martin Vey von der Infrastrukturgesellschaft (Infra) hatte die Pläne für die Erneuerung, die im Frühjahr 2016 beginnen soll, am Dienstag vorgestellt. Diese sehen 70 Meter lange Hochbahnsteige nahe der Kreuzung zur Würzburger Straße vor. Die Bushaltestellen sollen an den außen liegenden Spuren ebenfalls nahe der Straße eingerichtet werden. Die Wendeschleife würde mit zwei parallel verlaufenden Gleisen erhalten bleiben – auf einem Gleis könnten Waggon abgestellt werden, um sie in den Hauptverkehrszeiten einzusetzen.

Ortsratsmitglieder mehrerer Fraktionen kritisierten die Pläne scharf. Sie lehnten auch die Stellungnahme der Verwaltung ab, in der zwar Verbesserungen aufgeführt sind, aber keine umfangreichen Veränderungen. Der Ortsrat hat grundsätzlich andere Vorstellungen: Er befürwortet Kehrgleise statt einer Wendeschleife. Zudem soll es eine integrierte Haltestellenlösung für Bus und Bahn geben – die Fahrgäste sollen zum Umsteigen nicht die Fahrbahn kreuzen müssen.

„Das ist ein Standard, den es an anderen Haltestellen auch gibt“, sagte Petra Herrmann (SPD). Klaus Domdey (CDU) äußerte ebenfalls Sicherheitsbedenken – auch im Hinblick auf den tödlichen Unfall vor einem Jahr. Darüber hinaus

kritisierten die Politiker, dass die Bahnsteige zu nahe an der Straße und zu dicht an der Wohnbebauung liegen würden. Für Besucher der Deutschen Rentenversicherung und Bewohner des Mozartparks wäre der Weg hingegen zu weit.

Vey entgegnete, dass für die Alternativlösung nicht genug Geld zur Verfügung stehe. Und: „Wir bauen die Haltestelle nicht für die Rentenversicherung. Wir versuchen, die Wege für die Fahrgäste kurz zu halten. Die Haltestelle erschließt die Wohngebiete.“

Die Infra sei an einer einvernehmlichen Lösung interessiert, teilte Stadtsprecher Matthias Brinkmann mit. Die Gesellschaft müsse die Wünsche und Anregungen der Stadt und des Ortsrates aber nicht befolgen. Das Thema wird jetzt am 8. September erneut auf der Tagesordnung des Ortsrates stehen.